

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3,— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Letztheile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 289.

Dienstag, den 10. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Der Wahltermin.

Aus politischen Kreisen wird uns geschrieben:
Am 16. Februar 1919 wird nicht gewählt werden zur deutschen Nationalversammlung — soviel kann man schon heute als feststehend ansehen. Entweder die Regierung Ebert-Saale wird gestürzt; dann brauchen wir überhaupt nicht zu wählen, und die Spartakusleute brauchen die Nationalversammlung nicht erst, wie sie es jetzt alle Tage laut und ungeheuer anfündigen, nach russischem Muster mit bewaffneter Hand auseinanderzujagen. Oder die gegenwärtige Regierung bleibt am Ruder; dann darf, dann kann sie nicht bis Mitte Februar warten, ehe ein anerkannter Rechtsboden für die neuen, aus der Revolution hervorgegangenen Zustände in Deutschland geschaffen wird. Einfach schon deshalb nicht, weil die Entente mit ihr keinen Frieden schließt, solange sie sich nicht als die gesetzmäßige Vertretung des deutschen Volkes ausweisen kann, und auch deshalb nicht, weil es ebenso wenig im Innern Ruhe und Ordnung geben wird, solange nur Gewalt gegen Gewalt in unserer Mitte um die Herrschaft ringen. Auf einer von beiden Seiten muß die Gewalt so rasch wie nur möglich durch das Recht ersetzt werden — dann ist wenigstens die Möglichkeit gegeben, wieder geordnete Zustände im Lande herbeizuführen und unter ihrem Schutze an die Arbeit zu gehen. Nichts aber tut uns dringender als aufbauende Arbeit, nachdem so unendlich viel zerstört worden ist von dem was unsere Väter geschaffen haben.

Erst, als die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben waren, freute man sich ziemlich allgemein darüber, daß dieser Entschluß gefaßt war. Bald aber brach die Überlegung durch, daß der Termin viel zu weit hinausgeschoben war. „Mitte Januar — nicht Mitte Februar“ wurde vereinzelt als Parole ausgerufen, und siehe da: die Regierung selbst folgte diesen Spuren. Sie begann mit der Veröffentlichung von Telegrammen aus dem Reich, in denen die ungleich schleunigere Anberaumung der Wahlen gefordert wurde. Regierungen von Bundesstaaten, Soldatenräte, Volksversammlungen stimmten überein in diesem Verlangen, weil mehr und mehr die Überzeugung durchdringt, daß wir sonst aus dem gegenwärtigen Elend überhaupt nicht mehr herauskommen. Eine einzige Erwägung schon hat eigentlich zwingenden Charakter: unsere Feinde lehnen es ab, wozu sie jetzt auch kommen, mit Vertretern von NSR zu verhandeln. Der Vorwärts selbst muß berichten, daß die Franzosen in Straßburg diese Obrigkeitssprecher, so weit sie sich nicht rechtzeitig in Sicherheit brachten, verhaften ließen, und das lediglich wegen ihrer Eigenschaft eben als Mitglieder eines NSR. In Ludwigshafen, in Mannheim, überall lautet ihre erste Forderung: Auflösung dieser Körperlichkeiten, mit ihnen werden wir uns auf gar nichts einlassen. Daß die Engländer genau so verfahren, ist bekannt. Daraus muß man aber den zwingenden Schluß ziehen, daß auch die Regierung Ebert-Saale von unseren Feinden nicht als verhandlungsfähig anerkannt werden wird, da sie ja ihre Vollmachten lediglich vom Volksgesetz herleitet und dieser wiederum nichts weiter ist als eine von dem Berliner NSR gewählte Körperlichkeit.

Als Weg aus dieser Situation heraus bezeichnete dieser Tage der bekannte deutsche Rechtslehrer Professor Dr. Karl Binding in einem Zeitungsaufsatz den sofortigen Erlass eines Gesetzes über die Wahl eines Reichsverweisers durch Bundesrat und Reichstag, die eben für diesen einen Zweck nun doch noch einmal in Bewegung gesetzt werden müßten, und Wahl des Reichsverweisers durch dieselben Körperlichkeiten bis zum 1. Januar. Sonst könnten die Feinde einfach über uns hinweggehen, da sie keine gesetzmäßige Regierung im Lande vorfinden, mit der sie einen dauernden Frieden schließen könnten. Der Vorwärts erhob gegen diese dringende Forderung den Einwand, daß Bundesrat und Reichstag plötzlich wieder zum Leben erweckt werden sollten; davon will er, um der möglichen Folgen willen, nichts wissen, und so schlägt er seinerseits eine regelrechte Volksabstimmung vor über die Frage, ob Ebert-Saale bis zur endgültigen Entscheidung durch die Nationalversammlung die Geschäfte weiterführen und Frieden schließen sollten oder nicht. Aber die Notwendigkeit einer ungesäumten Entscheidung durch die Mehrheit des Volkes, also auf nicht-revolutionärem Wege, erkennt auch der Vorwärts an, und in der Tat, wir werden auf sie nicht verzichten können.

Dazu kommen nun noch die Freitagsvorgänge in Berlin. Sie sind zwar nicht völlig geklärt, aber so viel sieht man ganz deutlich: auch die Arbeiter und Soldaten haben kein Vertrauen zu dem gegenwärtigen Stande der Dinge, sie drängen die Regierung dazu, endgültige Zustände zu schaffen, die Ruhebringer im Lande zum Schweigen zu bringen und ein starkes Regiment aufzurichten, das Dauer verspricht. Bis zur Ausrufung Eberts zum Präsidenten der Republik hat sich vor dem Reichstagspalais die erste Stimmung einer bewaffneten Soldatengruppe verbreiten — so rasch geht es nun allerdings doch nicht. Aber Ebert ließ in seiner Ansprache keinen Zweifel darüber bestehen, daß er — für seine Person — bereit ist, die Wahlen zur Nationalversammlung früher, viel früher, möglichst sogar noch im Dezember stattfinden zu lassen. Die Entwicklung drängt nun einmal mit aller Macht nach dieser Richtung, und wer sich ihr ernstlich widersetzen wollte, über den wird sie hinweggeschleiten. Es müßte denn ein, daß man es um dieser Frage willen zum Bürgerkrieg kommen lassen wollte. Dieses Allerschrecklichste aber wird uns doch wohl erspart bleiben. Die Regierung braucht nur entschlossen zu handeln, dann wird die Ordnung in Deutschland sich von selbst durchsetzen.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 9. Dez. (WB) Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt, begannen die Besprechungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier am 12. Dezember.

Kein Verständigungsfrieden!

Was uns von den Feinden, insbesondere den Franzosen und Engländern, droht, darüber ist man sich wohl allgemein klar. Diese Befürchtung wird aber jetzt auch von neutraler Seite geteilt.

Haag, 7. Dez. Der holländische Minister des Auswärtigen hat sich gegenüber der Kammer schriftlich folgendermaßen geäußert: „Der Friede, der in Aussicht steht, wird wahrscheinlich nicht so sehr den Charakter eines Verständigungsfriedens haben als eines Friedens, bei dem die Neuordnung vor allen Dingen durch die Meinung einer der kriegsführenden Parteien bestimmt werden, mindestens aber in hartem Maße unter dem Einfluß derselben stehen wird.“

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, fordert die große Mehrheit der öffentlichen Meinung in Frankreich die Wiederherstellung der Grenze gegen Deutschland, wie sie ungefähr 1814 bestand, so daß die Gebiete von Saarbrücken und Lauter gegenüber Karlsruhe zu Frankreich geschlagen würden. Weiter müßten die deutschen Provinzen links des Rheins neutralisiert werden.

Diplomatischer Verkehr mit der Entente.

Die feindlichen Regierungen haben seit etwa vier Wochen, also seit Beginn der Revolution, jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsregierung oder mit einzelstaatlichen Regierungen Deutschlands vermieden. Nach einer Mitteilung darüber, daß die Entente die deutsche Schifffahrt in der Ostsee nicht mehr zulassen wird, ist in Berlin nicht eingegangen, wohl aber hat man die baltische Regierung davon amtlich benachrichtigt. Das läßt fast darauf schließen, daß die Entente die gegenwärtige Regierung vor Zusammentritt der Nationalversammlung nicht als verhandlungsfähig betrachtet.

Die neue Stellung unserer Westarmee.

Nachdem nunmehr alle unsere Truppen des Westheeres den Rhein überschritten haben, verläßt die vorderste Linie, der Rheintal, folgendenmaßen:

Spenndorf — Langen — Dillstadt — Salsdorf — Brilon — Biedenkopf — Marburg — Siebenbrunn — Dausenau — Gelnhausen — Eppelbach — Alsfeld — Wehrheim — Osterburken — Heilbronn — Calw — Tübingen — Württemberg — Bodensee (nördlich Konstanz). Ludwigshafen wurde am 5. Dezember von Franzosen besetzt. Es gehört in den Bereich der 8. französischen Armee.

Die augenblickliche englische Besatzung in Köln, die aus Kavallerie besteht, ist nur eine vorläufige, da sie durch andere Truppen ersetzt wird. Nach allen Meldungen von dort benehmen sich die Engländer einwandlos.

Neue englische Forderungen.

Eine durch nichts gerechtfertigte neue Forderung der Engländer stellt das Verlangen dar, nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe, einschließlich der Flugschiffe und Hilfskriegsschiffe, sowie aller fertigen und im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinehäfen liegen, zu übergeben. Ferner innerhalb 48 Stunden eine Mitteilung, bis wann der Panzerkreuzer „Mackensen“ zum Geleitschiff werden nach einem bestimmten Hafen bereit sein wird; weiter soll eine Erklärung abgegeben werden, daß mit Abschließung des Waffenstillstandsvertrages keine deutschen Handelschiffe mit irgendeiner neutralen Flagge überführt worden sind. Ferner wird Befestigung von Friedhöfen wegen der dort liegenden Luftstreitkräfte verlangt.

Knechtung des besetzten Gebietes.

Mitbehandlung eines deutschen Unterhändlers.
Die Feinde, namentlich Franzosen und Belgier, führen sich in den von ihnen besetzten Gebieten im Westen in einer Weise auf, die jeder Zivilliberalismus im Widerspruch steht. Nach dem Abzug der Abjunktur des Leiters der deutschen Eisenbahnabfertigungskommission, ein Offizier, von belgischen Soldaten auf der Straße mißhandelt, und ihm die Kehle durchgeschnitten. Dabei sollte man meinen, daß Mitglieder der Waffenstillstandskommission ein besonderes Anrecht auf Schutz hätten. Ganz schamlos haufen die Franzosen in Elsas-Rothringen gegen die dortigen Deutschen, die zum großen Teil binnen 24 Stunden ausgewiesen werden und ihr Hab und Gut einfach zurücklassen müssen.

Vergrößernde Klagen.

Die Nachrichten über die feindlichen Greuel sind keineswegs einseitig von uns aufgebauscht. Das beweist das „Berliner Tageblatt“, das die ihm in dieser Beziehung eingehenden Nachrichten als herzerregend bezeichnet und fortfährt:

Nachdem man die Welt vier Jahre lang mit zum Teil erfindenen deutschen Greueln gegen die „Barbaren“ aufgebauscht hat, scheuen sich gewisse Träger der Zivilisation nicht, in den feindlichen Gebieten, die ihnen die Wilsonschen Bedingungen zur vorübergehenden Besetzung ausliefern, Ausschreitungen zu begehen, die härter und gewalttätiger sind, als man je den deutschen Truppen während des Krieges vorwerfen konnte. All dies geschieht nach Beendigung des Krieges bei Beginn der Friedensverhandlungen, nicht etwa im Rausche der Kriegswut, am Beginn eines Feldzuges, sondern im Frieden. Man erscharrt, wenn man von solchen unerhörten Grausamkeiten liest, und man fragt sich, wie diejenigen, die jahrelang mit ihrer Propaganda von deutschem Größbauern gingen, nach diesen Untaten vor der Kulturwelt noch bestehen wollen.

In erster Linie ist es, wie schon gesagt, die französische „Kultur“, die hier Siegesorgien feiert und Reges und sonstiges Gefindel auf deutsche Frauen und Mädchen losläßt. Man wird sich erinnern, daß die „große Nation“ das diesen schwarzen „Kulturträgern und Kämpfern“ für die Zivilisation versprochen hatte für den Fall sie nach Deutschland kämen.

Die Seereschiffe im Krieg.

In London hat man eine Aufstellung der im Kriege befindlich gewesenen Seereschiffe gemacht und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

England	8 000 000 Mann
Frankreich	6 500 000
Deutschland	12 000 000
Oesterreich	6 000 000
Amerika	2 000 000
Rußland	10 000 000
Italien	8 500 000
Türkei	1 000 000
Serbien	500 000
Griechenland	500 000
Belgien	500 000
Rumänien	500 000

Zusammen 50 800 000 Mann

Danach haben auf gegnerischer Seite etwa 32 Millionen und bei den Mittelmächten (ohne Bulgarien) 19 Millionen Mann unter Waffen gestanden, macht für die Gegner ein Plus von 13 Millionen.

England und der Völkerbund.

London, 8. Dez. (WB) Neutermeldung. In einem Artikel für ein Glasgower Blatt über die britische Vorherrschaft zur See sagt Churchill: Kein anderer Staat der Welt ist in der gleichen Lage wie Großbritannien. Unsere Sicherheit vor einem Ueberfall, unsere Freiheit, unser tägliches Brot, unsere Einheit als Reich — alles dies beruht von Stunde zu Stunde auf unserer Verteidigung zur See. Wir haben das Recht, von allen anderen Nationen, gleichviel, ob befreundet, feindlich oder neutral, gleiche und volle Anerkennung dieser Tatsache zu fordern. Auch wir sind berechtigt, zu erklären, daß diese Stärke zur See, welche wir in Anspruch nehmen, und die wir entschlossen sind, zu erhalten, niemals in der neueren Geschichte in selbstfüchtiger, aggressiver Weise gebraucht wurde. In diesem größten aller Kriege schützte die britische Flotte das mächtige Amerika vor jeder ernststen Bedrohung, und als es sich entschlossen hatte, einzugreifen, da war es die britische Seemacht, welche den größeren Teil seiner Armeen zur Befreiung Frankreichs hinüberschaffte. Wir sind aufrichtige Befürworter der Liga der Nationen. Was wir an britischem Einfluß ausbringen können, wird dazu verwendet werden, eine solche Liga Wirklichkeit und zwar machtvolle Wirklichkeit werden zu lassen. Diese schöne Schöpfung Wilsons wurde von allen britischen Demokratien über die ganze Welt hin marm begrüßt. Wir werden in treuer, loyaler Weise danach streben, sie ins Leben zu rufen und in ersprießlicher Tätigkeit zu erhalten; aber wir müssen ganz offen erklären, daß der Völkerbund für uns kein Ersatz für die britische Seemacht in absehbarer Zeit sein kann.

New York, 8. Dez. (WB) Reuter. Präsident Taft hat sich in einer Vorlesung für den Völkerbund eingesetzt, sagte aber gleichzeitig, das Leben Englands hänge von der Sicherheit ab, mit der seine Schiffe kommen und gehen. Es sei also vollständig gerechtfertigt, daß England so lange eine genügend starke Marine erhalte, bis es die Sicherheit habe, daß der Völkerbund seine Interessen schützen könne.

Eroberungs- und Annexionsfriede.

Lebhafter Protest in Frankreich.

Basel, 8. Dezember.

Der Gewaltfrieden, den uns die Entente ankündend, ohne uns überhaupt zu fragen, aufzwingen will, erregt logar in Frankreich bei den linksstehenden Parteien lebhaften Widerspruch.

Es wird immer klarer, so sagt man dort, daß nach dem Siege die alliierten Regierungen ihre Versprechungen an die Völker vergessen haben. Man gleite zu einem Eroberungs-, Annexions- und militäristischen Frieden hinüber. Jeder Tag bringe einen neuen Beweis dafür. Man solle die Völker über ihr Schicksal befragen, statt dessen schide man sich an, besetzte Völker zu zerstören. So werde 1918 wiederum die reaktionäre Politik des Wiener Kongresses vorbereitet. Alle Stimmen, die sich dagegen erhoben, werde man nicht mehr lange knebeln und alle Proteste nicht mehr lange erdrücken können.

Gleiche Stimmen hört man aus Norwegen, wo man ebenfalls vernehmlich darauf hinweist, daß die Franzosen jetzt über die Grenzen legitimer Forderungen hinausgehen. Man habe offenbar die Teilung und endgültige Vernichtung Deutschlands als Großmacht vor.

Die Bolschewisten sind vogelfrei!

Eingreifen der Entente in Rußland.

Odessa, 6. Dezember.

Hier sind gemischte Truppen in größerer Stärke gelandet, um, wie in einer Proklamation an die Bevölkerung betont wird, die Ordnung wiederherzustellen. In der Proklamation heißt es weiter:

Alle ungesunden Elemente Rußlands — die Bolschewisten und ihre Anhänger — werden als außer dem Gesetz stehend erklärt. Personen, welche Bolschewisten verbergen, sollen

dem Feldgericht übergeben werden. Wir erkennen keinerlei Organisationen an, außer den Organisationen, welche gegen die Völkerverfechtung kämpfen.

In Bezug auf die noch dort befindlichen deutschen Truppen wird gesagt: Die Deutschen sowohl wie auch wir sind nicht als Eroberer hierhergekommen, sondern als Verteidiger des Rechts, deshalb laufen ihre und unsere Ziele hierher zusammen.

Keine neue Reichskonferenz.

Allerlei Unstimmigkeiten.

Berlin, 8. Dezember.

Auf die Anregung des bayerischen Ministerpräsidenten Fischer, eine erneute Konferenz der deutschen Freistaaten nach Jena einzuberufen, um ein innen- und außenpolitisches Programm festzulegen, hat die Reichsregierung geantwortet, daß zu einer solchen Konferenz kein Anlaß vorliege, da das Programm der Reichsregierung bereits bekannt sei. Die Einheit des Reiches zu wahren sei eine Hauptaufgabe der Regierung, die einen zu diesem Zweck eingereichten Vorschlag Preußens prüft. Die einzelnen Staaten werden bald Gelegenheit haben, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Schnellere Einberufung der Nationalversammlung.

Die Festlegung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 18. Februar hat nicht alle Wünsche erfüllt. Der neue Freistaat Oldenburg, die Handelskammern Rheinlands und Westfalens, wie der Staatsrat für Anhalt verlangen eine beschleunigte Einberufung. Man schlägt allgemein Mitte Januar vor und weist darauf hin, daß auch bis zu diesem Zeitpunkt bei vollständigem guten Willen die technischen Schwierigkeiten überwunden werden könnten.

Die Finanzwirtschaft der A. und S. Räte.

Mit Bezug auf die gegen die A. S. R. erhobenen Klagen wegen der Verschleuderung von Staatsmitteln schreibt die „Soz. Korr.“: „Man kann sich darüber nicht mit der Redensart hinwegsetzen, daß Bürgertum hiesse eben die A. S. R. als Träger der Revolution; dazu sind die Angaben zu bestimmt und zu gut verbürgt. Was kann geschehen? Mögliche Klagen helfen nichts. Es bedarf einer Tat. Am nächsten Montag treten die A. S. R. ganz Deutschlands in Berlin zusammen. Bei ihnen liegt die endgültige Entscheidung über den Wahltermin zur Nationalversammlung. Die Vorschläge der Parteien haben den 18. Februar vorgeschlagen. Das mag damals ein wichtiger Termin gewesen sein, nach dem heutigen Stande der Dinge liegt er jedenfalls viel zu spät. Wir müssen am 10. Januar wählen, um aus diesen vier Wochen Gewinn einen ungeheuren Nutzen für das ganze deutsche Volk zu ziehen. Wir haben keine Minute mehr umhin zu verlieren.“

Gegen die rheinisch-westfälische Republik.

Reize Teile Rheinlands und Westfalens sind mit der in Köln beschlossenen Proklamierung einer selbständigen Republik durchaus nicht einverstanden. Das Kölner Vorgehen wird allgemein verurteilt. Man vermerkt die Tatsache sehr übel, daß die Trennungsbewegungen, die ja schon länger bemerkbar waren, sich erst dann an die Oberfläche wagten, als das linke Rheinland nebst Köln vom Feinde befreit war und eine Gegenwirkung aus den rechtsrheinischen Gebieten kaum mehr möglich wurde. Die Stimmung geht dahin, daß weder das nördliche Rheinland noch Westfalen sich an jener Republik beteiligen werden. Das Kölner Vorgehen wird allenthalben recht abfällig beurteilt.

Preußen und das Reich.

Im preussischen Ministerium des Innern wird erklärt, daß man nicht an die Schaffung eines einheitlichen Reiches denke. Man dürfe den bestehenden bundesstaatlichen Charakter für die künftige Organisation Deutschlands im wesentlichen beibehalten, nicht ohne freilich die heute bestehenden territorialen Grenzen und die bisherigen Verwaltungsbezirke der Einzelstaaten einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. — Der revolutionäre preussische Minister des Innern, Dr. Breitscheid, wird sich in der nächsten Woche nach Wilhelmshaven und Oldenburg begeben, um mit den führenden Männern der dort gegründeten Republik Oldenburg-Westfalen Rücksprache zu nehmen, da diese neue Republik gewisse preussische Gebiete vom preussischen Hauptkörper losgelöst hat.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

51. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Graf Henning verabschiedete sich sogleich von der Gräfin, da er am nächsten Morgen nach Berlin zurückkehren wollte.

„Ach wohl, Better! — und vergessen wir beide, was wir heute für schwerblütige Gespräche geführt haben. Wir waren recht töricht. Das Leben ist viel zu lustig, als daß es gut wäre, sich mit schweren Gedanken zu plagen. Wenn du nach dem Wandler deinen großen Urlaub in Ramberg verbringst, dann wollen wir recht froh und vergnügt sein. Und wir lachen dann hoffentlich über unsere Sorgen um das Glück des jungen Paares“, sagte die Gräfin.

Henning küßte ihr zum Abschied die Hand.

„Ja, ja — wir werden lachen! — lachen! Adieu, Gerlinde!“

Damit drehte er sich hastig um und begab sich in sein Zimmer.

Als er allein war, endlich allein, da riß er seine Uniform aus und zog hastig das feine, duftende Spitzentuch hervor, warf sich mit einem Stöhnen auf den Divan und vergaß sein zukünftiges Gesicht in dem Tuch.

„Josta! Josta!“

Wie ein unterdrückter Aufschrei klang dieser Name. Und sein junges, helles Blut durchströmte seine Adern, und das Herz klopfte laut und hart in schmerzhafter Sehnsucht nach der Geliebten. An seinen Bruder Rainer konnte er jetzt nicht denken, nicht daran, daß seine Liebe Sünde sei. Nichts empfand er, als die Qual, von Josta getrennt zu sein. —

Gräfin Gerlinde wanderte aber noch lange ruhelos durch ihre Zimmer, und ihre Gedanken arbeiteten fieberhaft. Auch sie litt Höllenqualen bei dem Gedanken, daß Rainer und Josta jetzt vereint waren. Wenn sie sich nun doch noch in Liebe fanden? Sie fühlte, daß sie dann zu jedem Verbrechen fähig sein würde.

Graf Rainer und seine junge Frau hätten aber

Von Deutschland verlangte Garantien.

Einberufung eines Reichstages?

Berlin, 9. Dezember.

Aber die Natur der von Wilson vom deutschen Volke für einen Friedensschluß verlangten Garantien schreibt man aus New York: Im Jahre 1871 nahm Frankreich politische Reinigung vor, ehe es Frieden schloß. Nicht nur daß Napoleon abhandelte, das ganze französische Volk wurde vom französischen Volke geführt. So war das Frankreich, mit dem Deutschland Frieden schloß, nicht das Frankreich, gegen das Deutschland ins Feld gezogen war. Wilson versucht keineswegs den genauen Modus vorzuschreiben, nach dem als eine Vorbedingung für den Frieden Deutschlands politische Reorganisation zu erfolgen hat. Er verlangt lediglich eine Regierung, die dem deutschen Volke verantwortlich ist. Das bedeutet zum mindesten einen Reichstag, der vom Volke auf Grund eines Wahlgesezes gewählt ist, das ihn zu einer wirklichen Volksvertretung macht. Das bedeutet weiter ein Ministerium, das diesem Reichstage in vollem Umfange verantwortlich ist. Das bedeutet endlich, daß die Einrichtung des Bundesrates so reformiert wird, daß sie der jetzigen nicht mehr ähnlich sieht.

Was man drüben denkt.

Meinungen und Ansichten im französischen Generalkab.

Berlin, im Dezember.

Beim Einzug der Franzosen in Weh und Strassburg hat der Vertreter der „Deutschen Journalpost“ Gelegenheit, aus dem höheren Offizier aus dem Stabe des Marschalls Foch sich zu unterhalten. Der Offizier gehörte zur Erkundungs- und Vorkriegsabteilung des französischen Generalkabes und gab dabei ganz interessante Meinungsäußerungen vor sich. So behauptete er, man hoffe

in vierzehn Tagen in Berlin

zu sein. Er verstehe nicht, wie man in Deutschland glauben könne, die Franzosen würden sich eines Triumphes bescheiden. Den Deutschen 1870 bis auf die Knie ausgekostet hätten. Der Weg nach Berlin liege offen, außerdem sei es der fürstlich nach Polen und Rußland. Marschall Foch werde sicher nicht auf halbem Wege stehenbleiben, nur weil es den Deutschen gefallen habe, eine Republik auszurufen. Die morgen in Versailles einberufene Nationalversammlung werde in Caesarsaal übergeben könne. Auf die Nationalversammlung aufmerksam gemacht, die doch geeignet sei, die Reaktion von rechts und der Terror von links niederzuhalten, rief der Franzose erregt: „Das müßten Sie unseren Basissen und anderen Weltbeherrschern erzählen. Wir haben vier Jahre Ihre Disziplin und Organisation kennen und fühlen gelernt. Und das sollte alles mit einemmal und für alle Zeiten zusammengebrochen sein zugunsten irgendeines“

Scheiterns einer radikalen Republik.

wie sie bisher noch nie bestanden hat, und in der Revolutionäre und Bolschewisten andauernd um die Herrschaft streiten. Nein, mein Herr, wir sehen Ihre sogenannte Revolution nur als die größte Katastrophe aller Zeiten an. Wir nennen das keine Revolution und keine Republik, denn es steht keine große Idee dahinter, sondern nur die blasse Furcht vor unserem Einmarsch.

Der Offizier kam dann auf die bei den Franzosen herrschenden Gefühle des Borne und der Wut zu sprechen wegen der langen Besetzung ihres Landes und fuhr fort: „Gibt es wirklich solche Phantasien bei Ihnen, die da glauben, man brauche jetzt nur auf Ihre veränderten politischen Verhältnisse hinzuweisen, um das vergessen zu machen? Ihre sogenannten Basissen mögen, genau wie sie es schon während des ganzen Feldzuges taten, die Hände hochheben und versichern, daß sie den Krieg nicht gewollt hätten. Wir Militärs haben uns den tatsächlichen Stand der Dinge vor Augen zu halten und damit zu rechnen. Im übrigen scheint es uns so, als ob auch bei Ihnen nur die Schwächen und Fehden die Basissen waren, die Leute, die aus Angst vor den Schützengräben auch bei uns immer zum Frieden rieten. Wir haben

allen Respekt vor Ihrer Front.

die bis zuletzt fest blieb, und auch jetzt noch das Unabänderliche durch einen Popell an die abziehenden Armeen zu wandeln sucht. Aber es wird Ihnen nichts nützen!

In Elsaß-Lothringen.

saute der Franzose, wurde man sich niemals auf eine Volksabstimmung, sondern nur für den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich einlassen. Der Kaiser sei nach französischen Informationen stets nur ein Gefolgsmann des deutschen Generalkabes gewesen, ihn halte man für harmlos. Man sei ganz genau unterrichtet. Auf die Frage des deutschen Journalisten, auf welchen Grundlagen der Generalkab seine Zweifel an der Ehrlichkeit der deutschen Revolution aufbaue, erwiderte dieser: Wir haben aus Ihren Reihen selbst die besten

Informationen, und das ohne jede Aufforderung und ohne große Kosten erhalten.

Deutsche Abenteurer von allen Seiten

hatten wir, Diplomaten, Professoren, Beamte, Industrielle, Künstler und Journalisten sind zu uns übergelaufen und uns stets zur Hand gegangen. Wir kannten den Stand der Dinge bei Ihnen sicher oft besser als Sie selbst! — Die Redaktion einer großen weitverbreiteten Zeitung hat uns die schätzenswertesten Aufklärungen durch seine Frau, eine emigrierte Tschechin, über die politischen Verhältnisse im Reich, wie auch in der Türkei gegeben. Er war der Vertrauensmann der deutschen Politik in Konstantinopel und mit einem Blick des Herrn v. Kuhlmann verleben, ist er in voller Uniform als deutscher Offizier über die Schweizer Grenze zu uns gekommen. Auch aus Berlin sind Journalisten zu uns übergelaufen. Männer, die dort in liberalen Redaktionen saßen. Der Franzose erklärte schließlich noch, daß man in allen deutschen Gebieten, also eventuell auch in Berlin, die A. S. R. rücksichtslos beseitigen und allen Freizüg und Ausschweifungen gegenüber mit den schärfsten Mitteln vorgehen werde. Unsere Hoffnung auf ein Eingreifen der Amerikaner sei eitel, die französische Vorkriegsleitung habe sich freie Hand ausbedungen.

Trennung von Kirche und Staat.

Erklärung der preussischen Regierung.

Berlin, 7. Dezember.

Dem Erzbischof von Köln, Kardinal Hartmann, ist von der preussischen Regierung auf die bei ihr eingelegte Verwahrung gegen die Trennung von Kirche und Staat geantwortet worden, daß wegen dieser Frage zunächst nur allgemeine Erwägungen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden haben. Sollte die Angelegenheit festere Gestalt gewinnen, so würde zunächst die preussische Regierung damit befaßt werden. — Aus dieser amtlichen Erklärung muß man entnehmen, daß der bekannte, die Trennung bereits anordnende Erzbischof Adolf Hoffmanns außer Kraft gesetzt worden ist.

Hamburg, 9. Dez. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, daß vom 1. Januar ab der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fortfällt. Es bleibt unbenommen, den Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilen zu lassen.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Die Schuld des Hauses Wittelsbach.

In einer Betrachtung über die gestürzten preussischen und bayerischen Dynastien kommt die Frankfurter Zeitung auch auf das Verhalten des bayerischen Fürstenhauses in den letzten schweren Jahren zu sprechen und schreibt:

Wilhelm II. hat dem deutschen Volk Unendliches aufgebürdet, aber Ludwig III. von Bayern und sein Haus tragen wahrhaftig auch ein fürchterliches Maß von Schuld an dem gänzlichen Verfall des Reiches und seinem Ausgang. Die mittelbayerische Hausmachtpolitik ist es gewesen, die eine Regelung der elass-lothringischen Frage zu einer Zeit verhinderte, in der sie im Rahmen des Deutschen Reiches hätte geregelt werden können: Ludwig der Eroberer wollte annehmen. Und diese mittelbayerische Annexionspolitik hat ebenso die rechtzeitige Freigabe Belgiens verhindert, sie hat auch die Lösung der östlichen Frage ungeheuer erschwert und immer wieder verzögert: immer wieder kamen mittelbayerische „Entschädigungsanträge“ (Entschädigung für irgendwelche befürchtete Stärkung Preußens!) hindern damit, bis zuletzt, wo Rheinbunds- und Sonderfriedenspläne in dem Vertreter des Hauses Wittelsbach und in den Kreisen, die jetzt wieder den früheren bayerischen Kronprinzen reinwaschen möchten, verhängnisvolle Förderung fanden. Die bayerische Revolution hat auch dieses Haus gestürzt. Aber es ist wahrhaftig reif dafür gewesen.

Im Namen der Menschheit.

An den Freund und Vertrauten Wilsons, den jetzt in Europa weilenden Oberst Dowie, richtet Walter Rathenau im Vorwärt einen Brief, der sich an einzelnen Stellen zu großer Wucht der Worte und Gedanken erhebt. Wir geben hier den Schluß des Briefes wieder:

„Als ein schwaches Glied eines ins Herz getroffenen Volkes, das gleichzeitig um seine späte Freiheit und den Rest seines Lebens ringt, rede ich zu Ihnen, dem Vertreter der ausbreitenden aller Nationen.“

Nach vier Jahren waren wir schmerzhaft zueinander. Schenken, denn nicht, was den Staaten die Festigkeit des Friedens gibt: die innere Freiheit. Diese haben wir am Rande der Vernichtung, die unabwendbar ist, wenn Deutsch-

sein düstres flachhaariges Mädchen, das kaum dem Vorkriegsstand entsprach war. Es trug ein weißes Kleid mit blauer Schärpe und einen Blumenkranz auf dem blonden Haupt. Die Hände umklammerten einen großen Blumenstrauß. Der sollte der jungen Herrin mit einem gereimten Willkommengruß überreicht werden. Unaufhörlich repetierte das junge Mädchen das Gedicht und seufzte ab und zu bekommen auf, worauf der Vater jedesmal die Hand auf die Schulter seiner Tochter legte und ihr sagte:

„Nur ruhig Blut, Gretel, es geht schon gut!“

Und nun erschien im offenen Portal eine stolze, königliche Erscheinung in einer lang herabhängenden weißen Seidenrobe, ohne jeden Schmuck — Gräfin Gerlinde. Auch sie trug Blumen in der Hand, kostliche Rosen in allen Farben gemischt. Sie war während der Abwesenheit Rainers täglich im Schloß aus und eingegangen, hatte sich in der Bibliothek viel auf-

halten und sogar, wie bisher, die Mahlzeiten im Schloß eingenommen, außer dem Frühstück, das sie sich im Witwenhaus servieren ließ. Auch heute war sie nun herüber gekommen, um das junge Paar zu begrüßen.

Wenige Minuten nach ihrem Erscheinen fuhr der mit vier Pferden bespannte Wagen die Einfahrtsrampe herauf, der das junge Paar eingeholt hatte. Heller, strahlender Sonnenschein beleuchtete den Einzug der jungen Herrin und von allen Seiten jubelten ihr die Leute entgegen. — Gräfin Gerlinde preßte die Lippen zusammen — so hatte man ihr vor kaum acht Jahren auch entgegen jubelt.

Die erste Person, die Josta auf der Schwelle ihres neuen Heims erblickte, war Gräfin Gerlinde. Und wie bei ihrem ersten Zusammentreffen zuckte Gräfin Josta auch heute leise zusammen. Wie geschlossener Stahl, feindlich und forschend, blinzt die Augen Gerlinde einen Moment in die ihren.

Aber sogleich flog, dann auch das sanfte, liebenswürdige Lächeln über das Gesicht der Gräfin Gerlinde, und sie winkte grüßend mit den Blumen ihrer Handfolgerin zu. Erst trat nun die Tochter des Administrators an den Wagenschlag heran und sagte ohne Stoden, mit heller klarer Stimme, ihr Sprüchlein auf, welches am Schluß alle Anwesenden aufforderte, ein Hoch

land nach dem Rate derer verstümmelt wird, die es haben. Denn dies muß ausgesprochen werden, klar und einbringlich, so daß jeder das Durchdringbare versteht, alle Völker und Geschlechter, die folgen und die kommen:

Was uns angedroht wird, was der Doh uns anzutun vorläßt, ist die Vernichtung. Die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft.

Nicht an Ihr Mitleid wende ich mich, sondern an das Gefühl der menschlichen Solidarität. Ich weiß, niemand empfindet es tiefer als Sie und Wilson, kein Volk versteht es klarer als die große, an Freiheit und Selbstverantwortlichkeit gewöhnte amerikanische Nation:

Die Menschheit trägt eine gemeinsame Verantwortung. Jeder Mensch ist für das Schicksal jedes Menschen verantwortlich, auf das er Einfluß hat, jede Nation ist verantwortlich für das Schicksal jeder Nation.

In diesen Tagen werden Beschlüsse gefaßt, die auf Jahrhunderte das Gesicht der Menschheit bestimmen. Wilson hat ausgesprochen, was nie zuvor irdische Gewalt zu verwirklichen wagte: Frieden, Veröhnung, Recht und Freiheit für alle. Gott gebe, daß seine Worte Wahrheit werden.

Werden sie es nicht, so trifft das alle Abwärtliche Wort ein, das Wut und Überlieferung: Auch für den Sieger wird der Sieg verderblich. Werden sie Wahrheit, so ist der Welt ein neues Zeitalter geschenkt und die unglücklichen Opfer des Krieges waren nicht vergeblich.

Die Auslieferung Talaat Paschas und Enver Paschas.

Berlin, 9. Dez. (WB) Im Auftrage ihrer Regierung beantragte die türkische Botschaft in Berlin bei der deutschen Regierung die Auslieferung des früheren Großwesirs Talaat Pascha, des früheren Kriegsministers Enver Pascha sowie einer Anzahl anderer Mitglieder der früheren Regierung, die nach Deutschland geflüchtet sind. Nach hier vorliegenden sicheren Nachrichten hat Enver Pascha zwar Konstantinopel verlassen, ist aber nicht nach Deutschland gekommen. Die Auslieferung Talaat Paschas kommt nicht in Frage, da er als politischer Flüchtling zu betrachten ist. — Bei den übrigen Personen handelt es sich nach den bisher vorliegenden Angaben nicht nur um politische, sondern auch um gewöhnliche Straftaten. Wegen der politischen Straftaten würde die Auslieferung auch bei ihnen selbstverständlich ausgeschlossen sein. Wegen der gewöhnlichen Straftaten würde dagegen ihre Auslieferung zu erfolgen haben, sofern nachgewiesen wird, daß die im deutsch-türkischen Auslieferungsvertrage vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Die türkische Regierung hat die Beibringung der erforderlichen gerichtlichen Urkunden in Aussicht gestellt und beantragt, den Aufenthalt der Beschuldigten zu ermitteln und sie vorläufig festnehmen zu lassen.

Was die Arbeiter- und Soldatenräte kosten.

Auf die durch die Blätter gegangene Nachricht, daß die RSR in den ersten 14 Revolutionstagen 800 Millionen Mark verschleudert hätten, teilt der Vollzugsrat der RSR jetzt mit, daß sich eine derartige Behauptung wohl aufstellen, aber weder beweisen noch widerlegen läßt, da irgendwelche, auch nur annähernde Angaben über die von den RSR ausgegebenen Gelder überhaupt nicht möglich sind, schon deshalb nicht, weil täglich an den verschiedensten Stellen des Reiches neue RSR entstehen, andere sich auflösen usw.

Inbess, so erklärt der Vollzugsrat, muß angenommen werden, daß alle diese Ausgaben weit übertrieben sind. Was den Berliner Vollzugsrat anbelangt, so hat er in der Zeit vom 12. bis 30. November 339.204 Mark, bei absolut einwandfreier Buchführung ausgegeben und vom 1. bis 5. Dezember 46.646 Mark.

Die Voten oder Ruriere erhalten 20 Mark, bei besonderen Vertrauensposten 30 Mark pro Tag, die geistlichen Arbeiter und Redakteure 30 Mark, einige Abteilungsleiter 40 Mark. Die Ausweisungen und Gewalttätigkeiten einiger RSR gegen die Presse werden auch von der Leitung des Vollzugsrates bedauert. Für Abhilfe ist nach Möglichkeit gesorgt.

Die Mitglieder des Vollzugsrates, die sich durch den Zutritt von Vertretern der Ostfront, der Kaffern, von Baden und von Bayern von ursprünglich 28 auf 40 vermehrt haben, erhalten 50 Mark Tagesgelder. Spesenrechnungen gibt es aber weder bei ihnen, noch irgendwelchen sonstigen Angehörigen, und die Schreibmaschinisten erhalten 10 bis 15 Mark, einige 20 Mark und eine einzige etwas mehr, wobei allerdings Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden verlangt werden.

auf die Gräfin Josta Ramberg und ihren Gemahl auszubringen.

Dies geforderte Hoch wurde dann auch mit großer Begeisterung herausgeschmettert. Hellmann hatte vorher eine richtige Generalprobe abgehalten, damit alles klappen sollte. Und es klappte tadellos. Graf Rainer erhob sich im Wagen und dankte seinen Leuten herzlich, zugleich im Namen seiner jungen Frau, die freundlich nach allen Seiten grüßte mit der vornehm lieblichen Anmut, die ihr eigen war. Zum Schluß versprach der Graf seinen Leuten einen besonderen Festtag, sobald die Ernte beendet sein würde.

Dies Versprechen wurde mit einem abermaligen sehr spontanen Hoch aufgenommen.

Nun sprang Graf Rainer aus dem Wagen und hob seine Gemahlin heraus, um sie ins Schloß zu führen. Auf der Schwelle begrüßte Gräfin Gerlinde das junge Paar.

Wie froh und glücklich bin ich, daß ihr nun heimgekehrt seid! Es war so einsam und still für mich in diesen Wochen und ich bin so unbeschaiden, euch gleich jetzt zu bitten, mir ein Plätzchen einzuräumen in euren Herzen und in eurem Heim, damit ich mich sonnen kann an eurem Glück", sagte sie, schelmisch tief bewegt, und schloß Josta in ihre Arme, als habe sie diese sehnlichst erwartet.

(Fortsetzung folgt.)

Kongreß der A. u. S.-Räte in Berlin.

Berlin, 9. Dez. (WB) Bekanntmachung. Am 16. Dezember und folgende Tage findet in Berlin ein Kongreß aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte statt. Die Teilnehmer werden gebeten, unter Berücksichtigung der Verkehrsschwierigkeiten die Reise zeitig zu beginnen. Bereits am Sonntag, den 15. Dezember findet ein zwangloses Beisammensein statt. Die Delegierten wollen sich daher nach ihrer Ankunft im Kongreßbüro des Abgeordnetenhauses, Prinz Albrechtstraße, Saal 7, unter Vorlegung ihrer Ausweise melden. Sie erhalten dort alle weiteren Mitteilungen.

Der interne Ausschuß des Vollzugsrats Groß-Berlin.
J. A.: Mainz.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Es sind bei den Vorbereitungen zur Nationalversammlung darüber Zweifel aufgetaucht, ob die verschiedenen Obliegenheiten zur Durchführung der neuen Vorschriften auch den Frauen übertragen werden können. Diese Frage ist zu bejahen. Nachdem die Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt sind, müssen sie auch ebenso wie die Männer zu den Ämtern und Vertrauensposten zugelassen werden, die das neue Wahlrecht vorsieht. Sie sind also insbesondere befugt, als Wahlvorsteher oder als Beisitzer oder Schriftführer in den Wahlvorständen und Wahlausschüssen tätig zu werden und können gemäß § 16 der Wahlordnung in den Wahlvorständen als „Vertrauensmänner“ bezeichnet werden.

In Berlin wird eine Freiwilligentruppe für die Regierung Ebert gebildet werden. Es werden nur gediente, mit der Waffe ausgebildete aktive Unteroffiziere, welche sich genügend ausweisen können und sich schriftlich für die Regierung Ebert-Daase erklären, angenommen.

Die deutsche Regierung hat gegen die Sperrung der Schiffschiffahrt durch die Entente, die dort jeden deutschen Schiffschiffahrtsbetrieb unterlagert, energigehenden Einspruch erhoben. Diese neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Wilsonschen Plänen nicht zu vereinbarende Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Anhebung, eine neue Verschlechterung unserer schweren Ernährungsfrage und die unausbleibliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Holland.

In Brüssel meldet man erhebliche belgische Gebietsforderungen an Holland an. So sollen der Westerschelde genannte Scheldedarm und das zwischen diesem und Flandern gelegene Seeländisch-Flandern an Belgien abgetreten werden, ferner das holländische Gebiet zwischen der Bucht der Maas und dem Gebiet von Maasticht. Damit hätte Belgien die ganze Scheldemündung in der Hand. Als Gegenleistung wird gemäß der Entscheidung der amtlichen holländisch-belgischen Kommission im Interesse Hollands die Kanalisierung der Maas zwischen Bise und Venle durchgeführt.

Belgien.

Zwecks Auflösung der flämischen Universität in Gent hat der Gemeinderat von Gent mit 28 gegen 2 Stimmen bei acht Enthaltungen eine Resolution angenommen, worin die sofortige und radikale Aufhebung der „deutsch-aktivistischen“ Universität in Gent, die feierliche Wiederherstellung der französischen Universität und Lösung der flämischen Universitätsfrage auf gelegentlichem Wege gefordert wird.

Rus-In- und Ausland.

München, 7. Dez. Professor Brentano ist zum Volkskommissar für Handel und Industrie ernannt worden. Diese Ernennung bedeutet aber nicht den Eintritt Brentanos in das Ministerium.

Frankfurt a. M., 7. Dez. Der stellvertretende Kommandierende General des 18. Armee-Korps, Nibel, wurde auf seinen Antrag durch den Kriegsminister zur Disposition gestellt.

Wien, 7. Dez. Nach hierher gelangten Pariser Meldungen sollen Ragusa, Humo und Cattaro von Franzosen und Serben besetzt worden sein. Damit scheint Italien mit seinen Ansprüchen auf Humo bei seinen Verbündeten auch auf Erfüllung rechnen zu dürfen.

London, 7. Dez. Der Wahlkampf hat in Belfast bereits zu Unruhen geführt, bei denen Polizei mit gefülltem Bajonett gegen die Menge vorging und 15 Personen schwer verwundet wurden.

Lissabon, 7. Dez. Auf den Präsidenten der Republik Portugal Bernardino Machado Guimarães wurde von einem Unbekannten ein Revolveranschlag abgefeuert. Der Präsident blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Vom Tage.

Zwiespalt im Zentrum.

Aden, 7. Dez. In einer öffentlichen Zentrumsversammlung hat sich der Parteivorstand Oberpfarrer Kallert mit aufstrebender Schärfe gegen gewisse Strömungen im katholischen Lager gewandt, die bei der Neugestaltung der Zentrumsparte den alten Verlust erneuerten, das Zentrum zu einer ausgesprochen katholischen Partei zu machen. Der Hauptredner Staatssekretär a. D. Gehrmann erklärte mit größtem Nachdruck: Das Zentrum war eine politische Partei und wird es bleiben!

Wilhelm II. und die neue Regierung.

Haag, 7. Dez. Der frühere deutsche Kaiser soll sich dahin geäußert haben, daß er einer Vertiefung seiner Person vor eines Gerichtshof ruhig entgegenstehe, da er allen Umständen der Stille bieten könne. Er sei jetzt ein privater Bürger und der neuen deutschen Regierung geneigt.

Überfall auf einen bayerischen Minister.

München, 7. Dez. Der Minister des Innern Murr wurde am Mittwoch in seiner Wohnung von etwa 300 bewaffneten Soldaten überfallen. Sie erzwangen von ihm einen schriftlichen Amtsverzicht, den er, der Gewalt weichen, freiwilligen Verzicht verweigert, unterschrieb. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er am 2. Dezember schon zurücktreten wollte, von Eiser aber dringend zum Bleiben bewogen worden sei.

Wilson gegen Zahlung von Kriegskosten.

Genf, 7. Dez. Aus neutralen Kreisen hört man, daß Wilson gegenüber Lloyd George und Clemenceau einen harten Stand haben wird. Die europäischen Alliierten wollen, daß die Mittelmächte die Kriegskosten zahlen sollen, ein Standpunkt, den Wilson auf das schärfste bekämpft wird.

Frankreich auf der Lauer.

Paris, 7. Dez. Zum Abschluß eines Vorfriedens mit Deutschland fordert man in Paris eine verlässliche deutsche Regierung. Vorläufig erscheine die Entsendung einer militärischen Entente-Vollstreckung nach Berlin noch nicht bringend.

Straßenkämpfe in New York.

Amsterdam, 7. Dez. Aus New York wird gemeldet, daß starke Straßenkämpfe zwischen Soldaten und Sozialisten stattfanden. Die Sozialisten zogen mit roten Fahnen demonstrierend über die Straßen, stießen mit Soldaten und Matrosen zusammen, worauf sich wütende Handgemenge entpannen.

Polen als Friedenshindernis.

Berlin, 7. Dez. In Frankreich bestaunt man die Finanzschiebung der Friedensverhandlungen. Für diese sei der einzige kritische Punkt Polen; hierfür müsse Deutschland eine Interessensverzichtnahme anerkennen. Dazug bedürft besonderer Untersuchung, überall müsse das Prinzip herrschen, einen Zugang zum Meere zu schaffen. Die Regelung der finanziellen Wiedergutmachung müsse in dem Sinne gelöst werden, daß die Herausgabe aller Gerichte, Postbahnen und zehnfache Ruhe für den Inhaber des gestohlenen Gutes festgesetzt werde.

Wochen der Heimkehr.

M. In bewunderungswürdiger Haltung haben die Millionenheere unserer Westfront den Rhein überschritten. Mit Sorgen hat man ihrer Heimkehr entgegengekehrt. Ein Teil der Kampfertruppen verfiel bei dem Sturze der Monarchie einer schlimmen Auflösung. Wie würden die Millionen der Front nach Hause kommen, sie, denen der Feind auf dem Fuße folgt? Sie, mit denen ein unheimlicher Gast marшиert, nämlich der zerrüttende Geist des Rückzuges? Werden sie in geordneten Verbänden die Heimat erreichen, oder würden Grimm und tollwütige Überstürzung ihren Zusammenhalt sprengen wie bei den Heeren des geschlagenen Russland, Bulgarien, Österreich-Ungarn? Werden Hunderttausende die Großstädte überfluten, hier alles in Verwirrung und den Hunger im Gefolge der Unordnung mit sich bringen? Werden Bergeweise, Hunderte auf Land hinaus sich wälzen, um Brod zu heischen? Wird die Republik einem heillosen Chaos verfallen?

Solche Fragen und Sorgen haben uns bedrückt und bedrängen. Kritische Wochen!

Heute darf man aufatmen! Unsere Front aus dem Westen hat ihre schwerste Probe männlich bestanden — der eines Rückzuges unter drückenden, erbitternden Bedingungen und Verhältnissen. Auch dafür gebührt den Kriegern Ehre und Liebe, ganz ebenso reichlich wie für rühmliche Schlachten. Eine gerechte Zukunft wird diesem Heinnach unserer Westfront die höchste Achtung und Ehrung spenden. Die Kriegsgeschichte kennt kaum ein Beispiel gleicher Mannlichkeit unter gleichen Bedrängnissen.

Noch eine andere Sorge nehmen die Heimkehrenden von uns: auch der Streit der Parteien hat ihre Reihen nicht erschüttert. Die Garderegimenter Berlins, die Soldatenräte der Front haben sich als Stützen der neuen Ordnung, der bestehenden Regierung öffentlich bekannt und dieses Bekenntnis mit dem Verlangen begründet, daß die Regierung erfüllt: Wahlen zur Nationalversammlung, die uns eine neue Verfassung, der Republik das Fundament geben soll. Hindenburgs Treue zum Volke ist von den Truppen rühmlich vergolten worden. Man kann vom Führer wie vom Heere nur mit Ehrfurcht sprechen!

Wenn der französische Marschall und seine Soldaten dem Übermut des Siegers frönen, so liegt es nahe, ihnen zu begegnen mit dem Hinweis auf die offensbare Tatsache, daß sie ihren Triumph nicht eigener Kraft, sondern dem Bestande der ganzen Welt verdanken. Die Zukunft wird anders urteilen als die vom Siege Verwöhnten. Die militärische Leistung der deutschen Heere wird mehr gerühmt werden als der Sieg der verbündeten Armeen der Erde.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, deren Vorbereitung die heimkehrenden Soldaten empfangt, sind durch vier gegen zwei Stimmen in der Reichsregierung beschlossen worden. Man greift wohl nicht fehl, wenn man zu den vier Stimmen die Hugo Haases, des Führers der Unabhängigen zuteilt. In der grundlegenden Frage ist dieser kluge und besonnene Mann an die Seite von Ebert, Scheidemann und Dr. Landsberg getreten.

Damit sind noch nicht alle Fragen erledigt, um die Parteistreit entstehen kann. Die kleine Gruppe, die sich nach dem Führer des Slavenaufstandes im römischen Reich, Spartacus, nennt, gibt sich in Aufrufen und Aufstößen den Anschein, als sei ihr Triumph sicher. Tatsächlich ist das Gegenteil völlig gewiß. Im Lande wird dem lauten Lärm der Gruppe Liebknecht-Rosa Luxemburg zu viel Bedeutung beigegeben. Man hört nicht selten die Forderung, daß gegen Karl Liebknecht eingeschritten werden müsse. Dies Verlangen ist durchaus verfehlt. Eben darin zeigt sich die Ohnmacht der Spartacusgruppe und die Festigkeit der neuen Regierung, daß man die Prophezeien einer neuen Terrorzeit ruhig lärmend läßt. So wird es am deutlichsten offenbar, daß da wohl viel Geschrei, aber wenig Wille ist. Würde die demokratische Ordnung sich der Gewalt bedienen, um sich der Ärmenden zu erwehren, dann gäbe sie einen Beweis der Schwäche und verlöre den Ansehen, die jetzt keines haben.

Sollte die Spartacusgruppe von Worten zu Taten übergehen, also selbst Gewalt anwenden, dann wird sie auch der Gewalt begegnen und gewiß einer sehr überlegenen. Man kann solchen Unruhen jetzt nicht einmal mehr die Kraft zutrauen, auch nur ernste Störungen in den Großstädten hervorzurufen. Dies wäre vielleicht vor ein paar Wochen noch möglich gewesen, heut nicht mehr. Die Sicherheit der neuen Ordnung ist inzwischen sehr verstärkt worden. Die politischen Umgebungen der heimkehrenden Front, die Geschlossenheit ihres Marches im

OSRAM AZO

Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt

Auergesellschaft
Berlin O 17

die Heimat sind so starke Grundmauern dieser Sicherheit, daß man auf die innere Entwicklung beinahe mit Sorglosigkeit blicken kann.

Der Friedensschluß nimmt um so mehr unsere Sorgen in Anspruch. Wir sind auf die Hilfe der Vernunft im Lager unserer Feinde angewiesen. Ihre Stimme ist schwach. Herr Wilson wird uns nun zeigen müssen, ob er in der Geschichte als einer der größten Betrüger, oder als der Held einer großen Idee fortleben will.

Die Gardetruppen in Berlin.

Berlin, 9. Dez. (WB). Die Gardetruppen werden in den nächsten Tagen mit der Rückkehr in ihre Garnisonen begangen. Gleichzeitig mit ihnen werden einzelne zusammengestellte Verbände aller deutschen Stämme an den Einzugsfeierlichkeiten in der Reichshauptstadt teilnehmen. Einzelne Verbände dieser Truppen sind bereits in der Nähe Berlins eingetroffen. Der erste Einzugsstag wird der 10. Dezember sein. Die Truppen werden gegen 1 Uhr nachmittags das Brandenburger Tor durchziehen. Näheres über die Einzugsfeierlichkeiten wird noch bekannt gegeben.

Herabsetzung des Gerstenverbrauchs für die Bierherstellung.

Um noch mehr Gerste für die Herstellung von Graupen zur Brotbereitung freizumachen, ordnete der Staatssekretär des Reichs-ernährungsamtes, Wurm, an, daß die Gerstenbelieferung der Brauereien wesentlich einzuschränken ist. Die Brauereien werden nur bis fünf Prozent des Friedensverbrauchs an Gerste beliefert. Durch eine Anordnung wird die den Brauereien überwiesene Gerstenmenge etwa um ein Drittel der bisherigen Belieferung gekürzt. Es ist dafür Sorge getragen, daß die freiwerdende Menge im Betrage von ungefähr 27 500 Tonnen sofort den Graupenmühlen zugeführt wird. Eine weitere Kürzung war unmöglich, weil die Brauer bereits beliefert waren und die Gerste vermaht hatten.

Aufhebung der Beschlagnahme der Gastwirtschaften. Berlin, 7. Dez. Die Bekannmachung der Reichs-herstellung über Beschlagnahme der im Besitz von Hotels, Gast- und Schankwirtschaften und ähnlichen Betrieben sowie Wäschereiverleihgeschäften befindlichen Betr., Haus- und Tischwäsche vom 25. August 1917 tritt außer Kraft.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 10. Dezember 1918.

* Bisher haben die Franzosen in den besetzten Gebieten und Brückenköpfen die Entlassungspapiere ehemaliger deutscher Heeresangehöriger nur dann anerkannt, wenn sie von dem Truppenteil oder einer militärischen Behörde ausgestellt und gestempelt waren. Die von den Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere wurden nicht als gültig anerkannt. Die Besitzer solcher Scheine wurden interniert. Nach neuerer Mitteilung erklärte der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission, daß jetzt auch die von den Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere anerkannt werden sollen, wenn sie von den deutschen Lokalbehörden als gültig bezeichnet werden. Alle entlassenen Heeresangehörigen, die sich nach den besetzten Gebieten oder Brückenköpfen begeben wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, sich die Gültigkeit ihrer von den Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere nachträglich von einer deutschen Lokalbehörde bescheinigen zu lassen.

* (Keine Ordensverleihungen mehr.) Bei den Behörden gehen noch immer Anregungen wegen Verleihung von Orden und Beschwerden wegen Nichtberücksichtigung solcher Anregungen ein. Denen allen mag zum Troste gesagt sein, daß von der neuen Regierung Ordensauszeichnungen überhaupt nicht mehr verliehen werden. Es ist unvermeidlich, daß infolgedessen Personen, die ebenso große und noch größere Verdienste haben wie bereits Beliehene, die Auszeichnung nicht erhalten. Sie werden sich aber damit ganz gewiß trösten, daß jede gute Tat in der Achtung der Mitbürger und in der eigenen Befriedigung ihren schönsten Lohn trägt.

Eschborn b. Cronberg. Bei den Truppeneinzügen durch den Ort warfen am Sonntag Artilleristen eine Anzahl scharfer Granaten in die Vorgärten und Felder. Eine Schar Kinder fand die Geschosse und warf sie in das mit Zement ausgefüllte Bett des Dorfbrunnens. Plötzlich explodierte eine Granate und zertrümmerte den sechsjährigen Willi Widel, den zehnjährigen Karl Reuter und den elfjährigen Michael Welz auf der Stelle. Zwei andere Knaben aus Eschborn wurden schwer verletzt und kamen in hoffnungslosem Zustande in das nächste Krankenhaus. Hier ist der eine Junge bereits seinen Verletzungen erlegen.

Sindlingen. Die leidige Angewohnheit, die Eisenbahnfahrt auf dem Trittbrett oder der Plattform mitzumachen, kostete einem hiesigen 18jährigen Burschen das Leben. Der junge Mann stürzte während der Fahrt nach Höchst von der Plattform und wurde totgefahren.

Frankfurt a. M., 9. Dez. Vor dem Militärmagazin Mainzerlandstraße kam es heute mittag zwischen der Volksmenge, die unbotmäßig in die Räume einzudringen suchte, und der aufsichtführenden Arbeiterwehr zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Wehr von ihrer Waffe Gebrauch machen mußte. Hierbei wurde der 27jährige Optiker Hermann Zimmer aus Weglar erschossen. Einige andere Zivilpersonen wurden verletzt. Die Ruhe wurde sonst nirgends gestört.

In der Richtung nach dem Westen durchfuhr dieser Tage ein Zug mit Gold den Bahnhof Süd. Der Sonderzug, in dem zum Schutze gegen Angriffe mehrere Maschinengewehr-Abteilungen untergebracht waren, zählte 52 Wägen. Er barg 83 536 Kilogramm Feingold im Betrage von rund 346 Millionen Mark, die in Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen von Berlin nach Frankreich geschickt wurden.

In der Nacht zum Sonntag wurde am Eisenbahnringkopf nahe dem Rebstock ein Feldweibel dabei betroffen, als er mit zwei Soldaten eine größere Anzahl Militärmäntel rauben wollte. Es kam zwischen der Wache und den Räubern zu einer Schießerei, die glücklicherweise unblutig verlief. Die Räuber entkamen unerkannt, mußten jedoch ihren Raub im Stich lassen.

Fulda. Das Bankhaus Hermann Knips ist infolge erheblicher Kursverluste an Wertpapieren und großer Verluste bei der Beteiligung an Heereslieferungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat den Geschäftsbetrieb vorerst eingestellt.

Köln, 7. Dez. Die umfangreichen Gebäude der Werksausstellung in Köln-Deutz brennen. Die Feuerwehr ist machtlos. Die Brandursache ist bisher unbekannt.

O Das Charlottenburger Schloß wird als orthopädisches Lazarett für schwerbeschädigte Krieger eingerichtet. Die noch auf längere Zeit einer besonderen orthopädisch-chirurgischen und medico-mechanischen Behandlung (Kunstglieder) bedürfen. Der Ausbau des Schlosses für den genannten Zweck ist bereits im Gange, die Eröffnung dürfte in einigen Wochen erfolgen.

O Neue Plünderungen in Köln. Trotz scharfer Gegenmaßnahmen dauern in Köln die Plünderungen fort. Nach den neuesten Meldungen wurde der bei dem Kölner Weltausstellungsgelände belegene Heerespark von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge gestürmt. Die Waghäuser wurden überannt und einzelne Devots gewalttätig geöffnet, wobei kostbares Gut, das ungemein großen Wert aufweist, vernichtet wurde. Sicherheitsmannschaften eilten herbei und pflanzten an verschiedenen Stellen Maschinengewehre auf, worauf die Menge das Gelände verließ. Bei einem Zusammenstoß von Plünderern und Polizeimannschaften wurden vier Personen getötet, eine Anzahl verwundet. Zahlreiche Plünderer wurden verhaftet.

O Räte, die uns fehlen. Einem Hamburger Blatte schreibt man: Arbeiterräte, Soldatenräte, Bauerräte, Bürgerräte — was haben wir alles für Räte bekommen! Sind sie nützlicher, als es einst die Regierungsräte, Geheim-, Konfistorial-, Kommerzien- und Kommissionsräte waren? Mag sein! Die nützlichsten Räte, die es gibt, sind es jedenfalls nicht, das sind unangewiesene Räte — Vorräte! Aber gibt es die überhaupt noch?

O Abschaffung der Trinkgelder. In Berlin stellte eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung der Angestellten im Gastwirts-, Kaffeehaus- und Hotelgewerbe folgende Forderungen auf: Einführung der achtstündigen Arbeitszeit im Gasthausgewerbe, Beseitigung des Trinkgeldes und Einführung fester Wochenlöhne.

O Radfahren wieder erlaubt. Alle Beschlagnahmen von Fahrrädern, Gummi usw. sind aufgehoben worden, so daß der Fahrradverkehr nunmehr von jeder Einschränkung wieder befreit ist. Man kann wieder überall Radfahren.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Anzeigen.

Christlich-soziale Partei Ortsgruppe Herborn

lädt die Mitglieder und Gesinnungsfreunde zu einer
Mitgliederversammlung
am **Mittwoch**, den 11. ds. Mts., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
ein. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.
Der Vorstand.

Für Wiederverkäufer! Sofort greifbar!

1917er prima Rheinweine

in Fässern und Flaschen
von ersten Weingütern des
Rheines empfiehlt

Franz Henrich, Dillenburg. Telefon Nr. 44.

Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

vermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.

Dienststunden: 8—12 Uhr vormittags,
3—7 Uhr nachmittags.

Dachpappe und Waldsägen

empfiehlt
Hermann Meckel,
Eisenhandlung.

Weltbekannt

sind meine verbesserten
**Wand- und Tisch-
Kaffee-Mühlen**
mit garantiertem Mahl-
werk, geeignet für sämtliche
mahlfähigen Produkte, bis
45 Pfund Stundenleistung.

Man verlange Prospekte.
Ed. Reiche, Haspe.

Evang. Kirchenchor.

Nicht Dienstag, sondern
Mittwoch abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
ist Gesangsstunde.

Verloren:

1 Medaillon.
Die Polizei-Verwaltung.

Die Holzversteigerung vom 7. ds. Mts. wird
genehmigt.

Herborn, den 10. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Zwei tüchtige

Schuhmacher-Gesellen

sofort gesucht.

Karl Bertelmann, Schuhmachermeister,
Herborn, Hauptstraße 71.

2 tücht. Schreiner (Modellschreiner bevorzugt)

und

1 Schmied

gesucht.

Berkenhoff & Drebes, Merkenbach.

Tüchtige

Holzfuhrlente

suchen

Gebrüder Cloos, Wehlar.

Schlachtpferde

zu den höchsten Tages-
preisen. Unfälle werden
schnell erledigt. Zahle hohe
Prov. für Vermittlung.

J. Schwarz, Siegen,
Lentstraße 3. Telefon 361.

Gebrauchtes

Grammophon

von verschied. Feldgrauen
zu kaufen gesucht. Ange-
bote an die Geschäftsstelle
ds. Bl.

Junger Kaufmann,

welcher über 3 Jahre im
Büro beschäftigt war, in
Buchführung und Schreib-
maschine bewandert ist, sucht
Stellung. Angebote unter
Nr. 118 an die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Dienstmädchen

gesucht.

August Gerhardt,
Saalbau Wehlar.

Todes-Anzeige.

Heute entschlief sanft nach kurzem schweren
Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Groß-
mutter und Schwiegermutter, Frau

Wilh. Menger Wwe.

geb. Dörr.

Fleisbach, den 9. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Geschwister Menger.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags
2 $\frac{1}{2}$ Uhr statt.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschlusse entschlief gestern morgen
8 $\frac{1}{2}$ Uhr unsere herzensgute Tochter und Schwester

Rosa

im blühenden Alter von 16 $\frac{1}{4}$ Jahren nach langem schweren, mit
Geduld ertragenem Leiden im festen Glauben an ihren Erlöser.

In tiefem Schmerz:

Die trauernden Hinterbliebenen:
Oberbahnassistent Ludwig Schneider u. Familie.

Herborn, den 10. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags
2 Uhr vom Trauerhause aus statt.